



## Informationen des Stadtverbandes 12/2011

### 1,2 % - Kürzung gestrichen: Was ist der Beschluss des Schulausschusses Wert?

In einer bemerkenswerten Sitzung am Nikolaustag hat sich der Schulausschuss zu einer für die Schulentwicklung Bremerhavens wichtigen Frage positioniert: Die Kürzung von 1,2 % des Personals ist aus der Haushalts-Planung für 2012/13 herausgenommen worden.

Eine Bewertung dieses sollte differenziert vorgenommen werden:

- Zunächst: Der Beschluss ist richtig. Die vom gleichen Gremium vorgenommene Schulentwicklungsplanung aus dem Jahre 2010 verträgt keine Kürzung. Die GEW hatte stets 10 % mehr pädagogisches Personal gefordert, um die neuen Aufgaben auch erfolgversprechend umsetzen zu können;
- die anhaltenden Proteste gegen die Kürzungsvorgaben der Senatorin für Bildung werden nicht ohne Wirkung geblieben sein. Sowohl das Bremer Bündnis BBB als auch das Bremerhavener „Eine Schule für alle“ waren nicht müde geworden, das Einhalten der Zusagen nach Nutzung der „demografischen Rendite“ für die Verbesserung der Arbeit an den Schulen einzufordern;
- die Antworten auf die Nachfragen an die KoalitionsvertreterInnen in Bremerhaven, wo die vom Land vorgegebenen Kürzungen nun zu erbringen seien, blieben seit Wochen nebulös.

Wir haben uns an anderer Stelle wiederholt mit der rot/grünen Argumentation auseinandergesetzt, mit „schulfernen

Maßnahmen“, die gekürzt werden sollen, mit „strukturellen Maßnahmen“, die überflüssig sind, mit der „Prüfung von Doppelstrukturen“, dem „Abbau von Bürokratie“ usw.

Auch an diesem besagten Schulausschuss-Dienstag gab es keine Konkretisierungen. Die Umsetzung der Folgen des Beschlusses seien den Haushalts-Beratungen insgesamt zu überlassen; man sei in Gesprächen mit den Landesgremien ... Bekräftigt wurde aber wiederholt: 2012/13 wird keine Lehrerstelle gestrichen!

Wie soll das gelingen? Es geht schließlich um einen spürbaren finanziellen Posten: 1,2 % beim Personal sind bis zum Ende der Legislaturperiode 54 Stellen. Das entspricht 6,25 Mio € in 4 Jahren. Mögliche (theoretische) Lösungen wären:

- die Landesregierung erkennt den Bedarf Bremerhavens an (Sozialstruktur) und erhöht das Budget;
- der Magistrat hat im Rahmen des landesinternen Finanzausgleichs so gut verhandelt, dass die oben überschlagene Summe untergebracht werden kann;
- Sonderprogramme des Landes können entsprechend für die Beibehaltung der Stellen genutzt werden;
- entgegen aller Beteuerungen wird doch gekürzt.

Hinweise auf den „Wert“ von Schulausschussbeschlüssen bekommt man in der Regel durch die Festlegungen der Deputation für Bildung in Bremen. Diese tagte am 16.12. u.a. zum Tagesordnungspunkt „Aufstellung der Haushalte 2012 und 2013“.

In der neunseitigen Vorlage finden sich folgende Aussagen:

- „Das Budget für Bremerhaven wurde entsprechend der Vorgaben im



## Informationen des Stadtverbandes 12/2011

- Personalbereich berechnet, inklusive der bekannten Tariferhöhungen und mit einer Kürzungsquote von 1,2 %“ (Seite 4);
- „Um die Zielzahlen in bestimmten Bereichen trotz der Einsparquoten konstant zu halten, wurde im Schul-, Justiz- und Polizeibereich die Möglichkeit vorgesehen, Zielzahlabstufungen durch strukturell wirkende Entlastungen an anderer Stelle kompensieren zu können.“ (Seite 7);
  - „Im Bildungshaushalt wurde daher der Bereich der Schulentwicklungsmittel ... reduziert. So konnte für den Schulbereich in der Stadtgemeinde Bremen eine strukturelle Gegenfinanzierung für die Beibehaltung des derzeitigen Beschäftigungssolls gefunden werden. In Bremerhaven kann ebenfalls auf diese Weise versucht werden, die Zahl der Beschäftigten im Lehrerbereich zu behalten.“ (Seite 7);

Aus der Vorlage geht damit hervor, warum die Stadt Bremen eine „strukturelle Gegenfinanzierung“ schafft. So gibt es mehrere Programme, die den Haushalt an anderer Stelle entlasten. Diese Programme gelten aber weitgehend ausschließlich für Bremen-Stadt.

Der „Wert“ des Schulausschuss-Beschlusses vom 06.12. ist im Lichte dieser bremischen Vereinbarung minimiert, wenn es nicht gelingt, in weiteren Verhandlungen die Kürzungen von Bremerhaven abzuwenden.

Die Koalition in der Seestadt ist damit weiterhin gefordert, ihre Zusagen einzuhalten.

### Schon ´mal vormerken:

**Di., 17. Januar, 16.00 Uhr,**  
**Geschäftsstelle GEW**  
Geschichte der GEW

**Mi., 18. Januar, 15.30 Uhr**  
**Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus,**  
**4.OG**  
FG Oberschule

**Do., 19. Januar, 16.00 Uhr,**  
**Kultursaal der Arbeitnehmerkammer,**  
**Friedrich-Ebert-Str.**  
Veranstaltung mit Stephanie Odenwald  
(GEW HV) zur „Selbständigen Schule“